

Freitag, 03. November 2023, Sollinger Allgemeine / Uslarer Land

SPD und UWG gegen Steuererhöhungen

Gemeinsame Klausurtagung über den Haushalt der Stadt für 2024



Tagung von SPD und UWG zum Haushaltentwurf mit (v. l.) Nico Stülzebach (UWG), Sonja Gierke, Marlon Weifenbach, Arno Riedke, und Mathias Figge sowie (von hinten rechts) Artur Görder, Matthias Rieger, Hartmut Wehrhahn, Heidi Emunds, Niklas Steckel (alle SPD) und Christiane Eichmann (UWG). Nicht im Bild: Kevin Deutschler (UWG). Foto: SPD und UWG/

Schlarpe – Die Fraktionen von SPD und UWG (Unabhängige Wählergemeinschaft) im Rat der Stadt Uslar haben sich in gemeinsamer Haushaltsklausur auf die Beratungen über den Etat der Stadt Uslar für 2024 vorbereitet. Dabei haben Sozialdemokraten und Unabhängige Wähler ihren Worten zufolge in mehrstündiger Sitzung den kompletten Haushaltsentwurf „konstruktiv durchgearbeitet“.

Wie SPD und UWG in einer gemeinsamen Pressemitteilung berichten, weise der Etat 2024 im Ergebnishaushalt einen Fehlbetrag von 4,5 Millionen Euro aus. Dennoch bestehe Einigkeit darüber, heißt es, die erst vor Kurzem abgesenkten Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuern nicht zu erhöhen. Stattdessen würden „an verschiedenen Stellen Einsparungen vorgenommen

und Maßnahmen in die Folgejahre verschoben“. Die Verwaltung habe Vergleichsberechnungen mit höheren Hebesätzen als Diskussionsgrundlage vorgelegt.

Trotz des hohen Fehlbetrages sei ein rechnerischer Haushaltsausgleich möglich, da einschließlich des Jahresergebnisses 2021 Rücklagen von 19 Mio. Euro vorhanden sind, schreiben SPD und UWG und kündigen an, aufgrund des hohen Fehlbetrages mit eigenen Anträgen zurückhaltend sein zu wollen, wollen das aber nicht gänzlich ausschließen.

Der Investitionshaushalt, der die großen Baumaßnahmen und Anschaffungen abbilde, weise im Entwurf einen Kreditbedarf von 5,5 Mio. Euro aus. SPD und UWG befürchten eine Einschränkung der Handlungsfähigkeit, weil große Projekte im Etat 2024 neu veranschlagt seien und nennen für die Sanierung des Hallenbads 1,5 Mio. Euro, den Kindergarten-Neubau in Uslar mit 2 Mio. Euro und den Betrag für die Drehleiter der Feuerwehr mit 650 000 Euro. Das sei bereits in den Beratungen zum Nachtragshaushalt 2023 mehrfach kritisch angemerkt worden.

Viele Maßnahmen seien bereits im Entwurf in die Folgejahre verschoben worden, merken SPD und UWG an. Dabei werde das Jahr 2025 mit einem Kreditbedarf von 6,4 Mio. Euro übermäßig belastet. Die beiden Fraktionen berufen sich auf ihre mit der FDP verfasste Stellungnahme zum Haushalt 2023, in der sie von Bürgermeister Torsten Bauer erwarten, „dass nur solche Ansätze eingestellt werden, bei denen die Wahrscheinlichkeit der Umsetzung sehr groß ist“.

Den Bürgern dürfe zum Beispiel keine Hoffnung auf Straßensanierungen gemacht werden, wenn von vornherein absehbar sei, dass die Fülle an Maßnahmen in einem Jahr nicht umzusetzen sei. Mit Blick auf das Investitionsprogramm 2025 ist laut SPD und UWG eine kritische Überarbeitung dringend geboten.

Die Dorfgemeinschaftsanlage Schlarpe habe man als Sitzungsort für die Klausurtagung bewusst ausgewählt: „Wir zeigen damit, dass wir auch die Dörfer im Blick und ein offenes Ohr für deren Bedürfnisse haben.“ fsd